

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bildung, Jugend und Familie

61. Sitzung
27. November 2025

Beginn: 14.13 Uhr
Schluss: 17.52 Uhr
Vorsitz: Sandra Khalatbari (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

- a) **Aktuelle Viertelstunde**
- b) **Bericht aus der Senatsverwaltung**

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Wahl des stellvertretenden Schriftführers

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2695
**Kontrollierte Rahmenbedingungen für
Auszubildende aus Nicht-EU-Ländern**

[0376](#)
BildJugFam
ArbSoz
BuEuMe(f)

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2552
**Gesetz zur Errichtung eines
Ausbildungsförderungsfonds im Land Berlin**

[0375](#)
BildJugFam
ArbSoz
Haupt(f)
WiEnBe

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 5 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/2657
**Gesetz zur Änderung des
Kindertagesförderungsgesetzes und weiterer
Rechtsvorschriften**

[0373](#)
BildJugFam
Haupt

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 13.11.2025

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Wir kommen zu

Punkt 6 (neu) der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Wie weiter mit der Studien- und Berufsorientierung
in Berlin?**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0153](#)
BildJugFam

Hierzu: Anhörung

- b) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2727 [0378](#)
Schülerorientierte Berufsorientierung in der
Sekundarstufe I, zusammen mit dem Fach
Wirtschaft-Arbeit-Technik, strukturell und
qualitativ ausbauen
BildJugFam

- c) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0296](#)
Aktueller Stand und Perspektive der
Berufsorientierung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 23.01.2025

- d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen [0310](#)
Drucksache 19/2176
Berufsorientierung verbindlich an allen Schulen
verankern
BildJugFam

- e) Vorlage – zur Kenntnisnahme – gemäß Artikel 64
Absatz 3 der Verfassung von Berlin [0322](#)
Drucksache 19/2250
Siebte Verordnung zur Änderung von Vorschriften
für berufliche Schulen im Land Berlin
– VO-Nr. 19/245 –
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
BildJugFam

- f) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0289](#)
900 Plätze für 3.000 Schüler*innen in IBA Praxis:
Wie kann das 11. Pflichtschuljahr zum
Perspektivenjahr werden?
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.02.2025

- g) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0304](#)
Berufs-Chancenjahr & IBA-Praxis – Ausgestaltung
des 11. Pflichtschuljahres
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)
BildJugFam

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.02.2025

Vorab ergehen folgende Hinweise: Zu Punkt 6 a führen wir eine Anhörung durch. Ich gehe davon aus, dass die Anfertigung eines Wortprotokolls zu diesem Punkt gewünscht ist. – Das

ist der Fall. Dann können wir so verfahren. Der Punkt 6 c stand bereits in Verbindung mit einer Anhörung auf der Tagesordnung der 49. Sitzung am 23. Januar 2025. Die Punkte 6 f und 6 g standen ebenfalls in Verbindung mit einer Anhörung, und zwar auf der Tagesordnung der 50. Sitzung am 20. Februar 2025. Alle drei Punkte wurden zwecks Anfertigung und Auswertung des Wortprotokolls vertagt. Diese Wortprotokolle liegen vor und können heute ausgewertet werden.

Jetzt darf ich ganz herzlich – mit einer extremen Verspätung, wohl wissend, dass einige frühzeitig diesen Ausschuss wieder verlassen müssen, deshalb habe ich gerade versucht, möglichst schnell zu reden – unsere Anzuhörenden begrüßen. Das sind Herr Dr. Martin Altemeyer-Bartscher, Geschäftsführer der Handwerkskammer Berlin, Frau Ayla Kadi, Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachgebiet Arbeitslehre/Ökonomie und Nachhaltiger Konsum an der Technischen Universität Berlin, Herr Stefan Marien, stellvertretender Vorsitzender der BBB, der Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V., Herr Jan Pörksen, Geschäftsführer Bildung & Beruf bei der Industrie- und Handelskammer zu Berlin, und Herr Thomas Reinert, WAT-Lehrkraft an der Fritz-Karsen-Schule. – Ihnen allen ein herzliches Willkommen und vorab schon mal eine große Entschuldigung, dass wir erst jetzt starten! Sie waren für 15 Uhr eingeladen. Wir bitten um Nachsicht und um Ihr Verständnis.

Wir kommen zur Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 6 a durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und/oder die Linksfraktion. – Das macht Franziska Brychcy. – Bitte sehr!

Franziska Brychcy (LINKE): Es ist sehr gut, dass wir heute gemeinsam eine Anhörung zur Berufsorientierung durchführen, auch im Sinne der Gleichwertigkeit der Allgemeinbildung und der beruflichen Bildung. Wir wollen uns gern mit Ihnen austauschen, über die Instrumente, die aktuelle Lage der Umsetzung des Landeskongzeptes, darüber, wie es den Teams für Berufs- und Studienorientierung – BSO –, den BSO-Tandems und dem Wirtschaft-Arbeit-Technik-Unterricht – WAT – geht, sowie über personelle und auch räumliche Ressourcen. Dabei würde ich es belassen, damit wir dann möglichst viel Zeit für die Anhörung haben.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann kommen wir zur Begründung des Antrags zu Punkt 6 b durch die Fraktion der CDU und/oder der SPD. – Das macht die Kollegin Aydin. – Bitte sehr!

Sevim Aydin (SPD): Vielen Dank! – Ich versuche, mich auch kurz zu halten. Wir haben dazu heute einen Antrag, der Folgendes vorsieht: eine frühzeitige Berufsorientierung, das heißt, ab Klasse 5, Praktika und Unternehmensbesuche ab Klasse 7 bis 11 und den Ausbau des WAT-Unterrichts in allen Schulformen, auch an den Gymnasien. Der Antrag sieht auch vor, dass wir koordinierende Ansprechpersonen in den BSO-Teams haben und die Berufsorientierungsangebote evaluieren. Dieser Antrag wurde schon im Parlament beraten. Man hat dort sogar auch auf das Landeskongzept Studien- und Berufsorientierung hingewiesen. Der Unterschied dabei ist, dass wir hier in diesem Antrag verpflichtende Angebote vorsehen. Das ist eine Diskussion, die im Rahmen des Landeskongzeptes und auch im Landesbeirat Berufliche Bildung immer wieder geführt worden ist. Ich freue mich, heute vielleicht auch einmal aus der Wissenschaftsperspektive zu hören, was Gelingensfaktoren für die Berufsorientierung sind. Ich glaube, das ist eine lange Diskussion in Berlin. Ich freue mich, dass Frau Kadi heute dabei ist. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Die Begründung des Besprechungsbedarfs zu Punkt 6 c erfolgte bereits in der Sitzung am 23. Januar 2025. Ich gehe davon aus, dass keine erneute Begründung gewünscht ist. – Das scheint der Fall zu sein. Dann kommen wir zur Begründung des Antrags zu Punkt 6 d und des Besprechungsbedarfs zu Punkt 6 e durch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen. – Frau Schedlich, bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank! – Auch ich mache es schnell und bedanke mich, dass Sie jetzt schon so lange gewartet haben. Wir beantragen, dass Berufsorientierung verbindlich in allen Schulen verankert wird, also auch in den entsprechenden Verordnungen, und dann in den Jahrgangsstufen 7 bis 10 für alle Schülerinnen und Schüler der Sekundarstufe I verpflichtend wäre, und ebenso an Gymnasien nicht mehr länger freiwillig, sondern zukünftig verpflichtend durchgeführt werden müsste. Wir sind der Meinung, Berufsorientierung als Teil der Vorbereitung auf das Leben ist eine essenzielle Aufgabe der Schule, und so sollte sich das auch in unseren Rechtsverordnungen widerspiegeln. Deswegen hoffen wir sehr, dass dieser, wie ich denke, unkritische Punkt auch bei den anderen Fraktionen und vor allen Dingen den Koalitionsfraktionen Anklang findet.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Danke sehr! – Die Begründungen des Besprechungsbedarfs zu den Punkten 6 f und 6 g erfolgten bereits in der Sitzung am 20. Februar 2025. Ich gehe daher davon aus, dass er nicht erneut begründet wird. – Das ist der Fall.

Dann kommen wir nun zu der Anhörung zu Punkt 6 a. Sonst gehen wir immer in alphabetischer Reihenfolge vor. Da mir aber mitgeteilt worden ist, dass Frau Kadi und Herr Marien wirklich ganz dezidierte Anschlusstermine haben, die sie schon versucht haben zu verschieben, das aber nur bedingt möglich war, würde ich jetzt mit Frau Kadi beginnen. Dann folgt Herr Marien. Vielleicht können Sie dann untereinander absprechen, wer von den drei Übriggebliebenen schneller weg muss. Wir sind da sehr offen, bitten aber um eine kurze Mitteilung. Das können wir gleich machen, wenn ich an der entsprechenden Stelle bin. – Frau Kadi, Sie haben fünf Minuten Zeit. Bitte sehr!

Ayla Kadi (Technische Universität Berlin – TU Berlin –; Wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachgebiet Arbeitslehre/Ökonomie und Nachhaltiger Konsum): Vielen Dank, Frau Vorsitzende, dass ich zu diesem Thema sprechen darf! – Ich bilde die WAT-Lehrkräfte aus, die dann Berufsorientierung an den Schulen machen sollen. Natürlich kommen viele Abiturientinnen und Abiturienten zu uns ins Studium. Das Problem dabei ist: Wenn Berufsorientierung nicht an der Schule stattfindet, findet sie nachgelagert statt, und das heißt, unsystematisch. Das bedeutet, dass das von vielen Abbrüchen und Umbrüchen geprägt ist. Das ist bekannt. Der Schaden, den das der Wirtschaft bringt, ebenso wie dem Steuerzahler, ist auch bekannt. Vielleicht nicht ganz so bekannt oder thematisiert ist aber, dass es bei den jungen Menschen natürlich ein Gefühl von Versagen mit sich bringt. Sie kommen also orientierungslos mit sehr guten Abiturzeugnissen aus der Schule und müssen dann schauen, wo sie bleiben. Vielleicht haben sie ein Elternhaus und werden unterstützt, haben ein entsprechendes soziales Umfeld, aber selbst dann geschieht die Berufsorientierung innerhalb der Berufe, die in der Familie vorhanden sind.

Was aus unserer Perspektive auch wichtig ist, und das ist das, was ich mit meinen Studierenden immer wieder thematisiere, ist, die Rolle der Schule klar zu definieren. Letztendlich ist

das Schulfach WAT nicht in der Lage, die Welt zu retten, aber es kann einen sehr guten lebensorientierenden Unterricht bieten. Es gibt einen Punkt, wo alle Partner zusammenkommen, nämlich diese zehn beziehungsweise elf Pflichtschuljahre, wo alle Kinder und Jugendlichen am Lernort Schule mindestens zusammenkommen. Hier ist es wichtig zu trennen: Was kann eine Lehrkraft durch Unterricht gestalten und begleiten, und wo brauche ich andere Partnerinnen und Partner? – Wir haben das in der Vergangenheit so gehabt, dass wir über einen sehr langen Zeitraum ganz viel ausprobiert haben, viele Projekte von der EU-Ebene bis hin zu den Quartiersmanagements, und wir haben viel gelernt. Jetzt wird es Zeit, dass wir das in eine Systematik, in eine Regelfinanzierung packen. Das Landeskonzept ist ein guter Auftakt gewesen, die Jugendberufsagenturen sind ein guter Auftakt gewesen. Jetzt fehlt uns nur noch die personelle Ausstattung an den Schulen, gleichgestellt mit Lehrkräften, aber ohne Unterrichtsverpflichtung – das, was wir schon mal hatten, mit den LBÜ-Lehrkräften – Lehrer als Begleiter und Übergangshelfer –, vielleicht erinnern sich einige. Dass wir an der Schule wieder ähnliche Positionen schaffen, ist das eine.

Das andere ist das Thema Geld. Dieses Thema kommt immer wieder auf die Tagesordnung. Wir haben eine Tendenz, die Gelder über verschiedene Projekte und Maßnahmen umzuverteilen. Nehmen wir nur mal das BvBo – Berliner Programm vertiefte Berufsorientierung –. Das ist ein Gießkannenprinzip. Es hat keinerlei Wirkung, und trotzdem wird es seit Jahren politisch immer weiter befeuert. Man könnte zum Beispiel genau diese Gelder nutzen, sie an der Schule bündeln, Schulleitungen zur Verfügung stellen, sodass sie zum Beispiel über die Personalkostenbudgetierung Personal an die Schulen holen, langfristigen Beziehungsaufbau leisten und ihre Schülerinnen und Schüler frühzeitig auf die Zeit nach der Schule orientieren können, in Kooperation mit allen Partnern, die da sind.

Ganz wichtig: Uns fehlt die Professionalisierung innerhalb der Lehrkräfte. Das heißt, sehr viele Lehrkräfte, die die Berufsorientierung anleiten, haben gar nicht die Ausbildung dazu und machen das irgendwie. So bleibt es am Ende doch Zufall oder abhängig vom Elternhaus, wie gut die Berufsorientierung ist, die einzelne Kinder und Jugendliche bekommen. Daher plädiere ich dafür, tatsächlich frühzeitig damit anzufangen – es gibt Bundesländer, die schon in der Kita anfangen, aber ab der 5. Klasse wäre schon mal ein Anfang –, und auf jeden Fall in allen Schulformen, denn auch Abiturienten haben das Recht darauf, auf das vorbereitet zu werden, was nach der Schule kommt. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Kadi! – Dann machen wir weiter mit Herrn Marien. – Bitte sehr!

Stefan Marien (Vereinigung der Leitungen Berufsbildender Schulen in Berlin e. V. – BBB –; Vorstandsmitglied): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Vielen Dank für die Einladung und die Möglichkeit, über das 11. Pflichtschuljahr zu sprechen! Zu viele Jugendliche haben in der Vergangenheit nach dem 10. Schuljahr keinen Anschluss gefunden. Insofern war es richtig, etwas zu tun, aber ist es jetzt wirklich besser geworden? – Ich bin Schulleiter des Oberstufenzentrums Ästhetik und Technik, spreche heute aber als stellvertretender Vorstand des BBB, also des Schulleiterverbandes der beruflichen Schulen, auf Basis der Rückmeldungen aus vielen Ankerschulen. Wir selbst sind auch eine Ankerschule.

Die Ziele der Berufsorientierung sind im Schulgesetz klar beschrieben: Schule soll junge Menschen befähigen, ihr Leben aktiv zu gestalten. In § 4 Absatz 7 heißt es, die allgemeinbil-

dende Schule führt in die Arbeits- und Berufswelt ein, nicht die Oberstufenzentren. Berufsorientierung ist ein Prozess über viele Jahre und kein Notfallprogramm nach Ende der 10. Klasse, als das die Ankerschulen derzeit faktisch genutzt werden. Darauf haben Kolleginnen und Kollegen des BBB hier im Hause bereits vor neun Monaten hingewiesen. Viele ihrer Punkte erleben wir jetzt in der Praxis. Dies ist kein „Wir wussten es besser!“, sondern ein Argument, die Expertise aus den Schulen früher und stärker einzubinden.

Mit den Ankerschulen sollte nachgesteuert werden. Dorthin sollten die Jugendlichen kommen, die nach mehreren Jahren Berufsorientierung und Beratung noch keine Vorstellung von ihrem weiteren Weg haben. Durch Ortswechsel, Praxisorientierung und zusätzliche Ressourcen sollte eine Orientierung gelingen. Trotz knapper Haushaltslage wurden die Ankerschulen gut ausgestattet, mit zusätzlichen Lehrkräften, Sozialarbeit, Bildungsgangbegleitung und IHK-Kooperationsmanagerinnen und -managern, die Praktika in den Betrieben organisiert haben. Das ist ein wichtiges politisches Signal, für das ich ausdrücklich danken möchte.

Trotzdem war das, was wir im ersten Jahr erlebt haben, kein Erfolgsmodell. Dazu einige Gründe; erstens: Die Falschen kommen, und die Richtigen fehlen. An den Ankerschulen kommen vielfach nicht die Jugendlichen an, die am dringendsten eine Orientierung brauchen. Viele völlig Unentschlossene erscheinen gar nicht, stattdessen sehen wir Jugendliche, die eher andere Wege gewählt hätten, einige mit MSA, bei denen es nur nicht mit dem Wunschausbildungsplatz geklappt hat. Diese jungen Menschen hätten es in vielen Fällen auch ohne Ankerschule geschafft.

Zweitens: Die Oberstufenzentren wussten bis zum Ende des Schuljahres kaum, wer kommen würde. Die Zeitleiste war überdreht, die Datenlage unzuverlässig. Meinem OSZ waren zunächst 79 Jugendliche zugewiesen, gekommen sind 30, und selbst diese stimmen nicht mit den gemeldeten Namen überein. Anwesend sind dann täglich auch nicht 30, sondern teilweise deutlich weniger. Etwa die Hälfte hat unterwegs den Anschluss verpasst. Trotz intensiver Nachverfolgung und aufsuchender Sozialarbeit konnten wir bisher nur wenige erreichen.

Drittens: Mein OSZ in Charlottenburg erhält Jugendliche aus dem tiefsten Pankow mit über einer Stunde Fahrzeit. Das senkt die Bereitschaft, regelmäßig zu kommen. Gleichzeitig binden Organisation, Telefonate und Nachverfolgung enorme Kapazitäten im Kollegium und in der Verwaltung. Ich kenne kein Sekretariat der Ankerschulen, das vor den Sommerferien nicht hätte Überlastungsanzeigen stellen können. Frau Senatorin Günther-Wünsch sagte, jeder zusätzlich orientierte Jugendliche ist ein Gewinn. Das stimmt, aber bei diesem Aufwand brauchen wir deutlich mehr als einen kleinen Zugewinn.

Viertens – das ist vielleicht das Wichtigste –: In den Sekundarschulen zählen vor allem theoretische Leistungen. Praktisch starke, aber theorieschwache Jugendliche erleben kaum Erfolge und haben damit keine tragfähige Basis für ihre Berufswahl. Zugleich richtet sich der Blick vieler Sekundarschulen stark auf die gymnasiale Oberstufe. Ohne klare Anreize für Berufsorientierung geraten die späteren IBA-Praxisschülerinnen und -schüler leicht aus dem Fokus. Genau vor dieser Fehlsteuerung hatte der BBB vor einiger Zeit gewarnt.

Was fordern wir? – Erstens: Berufsorientierung in der Sekundarstufe I grundlegend neu denken. Ohne diese Vorarbeit bleibt jede Ankerschule ein Reparaturbetrieb. Zweitens: Unsere IBA weiterentwickeln, zum Beispiel durch Aufwertung des IBA-Abschlusses. Drittens: Rah-

menbedingungen für Ankerschulen und OSZ verbessern. Wir brauchen verlässliche Daten und eine Zeitschiene, die einen echten, warmen Übergang ermöglicht. Und: Die OSZ können nicht die Hauptverantwortung dafür tragen, alle verlorenen Jugendlichen zurückzuholen. Unsere Stärke liegt in der Pädagogik und Qualifizierung. Für aufsuchende Arbeit und Stabilisierung brauchen wir eine funktionierende Jugendberufsagentur mit klar definierten Aufgaben.

Die Ankerschulen stehen für einen richtigen politischen Impuls. In der aktuellen Ausgestaltung wird dieser Anspruch nur bedingt eingelöst. Ich bitte Sie daher: Nutzen Sie die Erfahrungen dieses ersten Jahres, um das System nicht kosmetisch, sondern strukturell nachzujustieren, im Interesse der Jugendlichen, der Betriebe und unseres Bildungs- und Wirtschaftsstandortes Berlin! – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Marien! – Dann würde ich jetzt vorschlagen, dass wir mit Herrn Dr. Altemeyer-Bartscher weitermachen, es sei denn, ich höre etwas anderes. – Alle anderen sagen, sie sind einverstanden. Wunderbar! – Dann bitte sehr, Herr Dr. Altemeyer-Bartscher!

Dr. Martin Altemeyer-Bartscher (Handwerkskammer Berlin – HWK Berlin –; Geschäftsführer): Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Damen und Herren! Vielen Dank! Wir erleben derzeit eine junge Generation, die es schwer hat, ihren Weg in einer zunehmend komplexen Welt zu gestalten. Viele Jugendliche wissen nicht, wie sie ihre eigene Berufsbiografie entwickeln sollen, dabei haben wir in Berlin eigentlich ein breites Angebot an Ausbildungsplätzen und vielfältige Informationsmöglichkeiten. Trotzdem finden viele Jugendliche keine passende Perspektive, insbesondere mit mittleren und höheren Schulabschlüssen. Das zeigt auch die Jugendbefragung der Bertelsmann Stiftung, die vor Kurzem veröffentlicht wurde.

Mehr als die Hälfte empfindet die Informationsflut als unübersichtlich, aber – und das ist erfreulich – mehr als 80 Prozent sehen die berufliche Ausbildung als gute Basis für eine Karriere. Gleichzeitig möchte über ein Viertel aber möglichst direkt nach der Schule in den Arbeitsmarkt einsteigen, ohne eine berufliche Ausbildung, und das ist eher besorgniserregend.

Das Berliner Handwerk hat deshalb wissenschaftlich begleitet ein neues Konzept zur Berufsorientierung entwickelt. Unser Ziel war klar: Wir wollen einen Maßnahmenkatalog schaffen, der die Lebensrealität junger Menschen konsequent in den Mittelpunkt stellt. Wir sind selbst Anbieter zahlreicher Berufsorientierungsangebote, oft mit Partnern. Wir wollen diese Maßnahmen künftig stärker bündeln und gezielt verbessern. Außerdem sehen wir aktuell eine politische Debatte, bei der einige Vorschläge die Realität der Jugendlichen vielleicht nicht vollkommen berücksichtigen. In dieser Hinsicht kann das Konzept auch als politischer Debattenbeitrag verstanden werden. Sie finden unser Konzept, das in Kooperation mit der Berliner Hochschule für Technik entstanden ist, bei uns auf der Homepage.

Ich will ein paar Punkte nennen: Die Berufsorientierung muss aus unserer Sicht ein fester Bestandteil schulischer Bildung sein. Wir brauchen frühere, verbindliche und praxisnahe Angebote, und zwar in allen Schulformen. Dabei spielt aus unserer Sicht das Fach Wirtschaft, Arbeit und Technik eine zentrale Rolle, aber WAT kann nur funktionieren, wenn die Schulen gut ausgestattet sind. Eben wurde vom Staatssekretär der Satz gesagt: Der Raum ist der dritte Pädagoge. – Das würden wir so unterschreiben. Wir brauchen in der Hinsicht auch die entsprechenden Praxisräume, und entsprechende Ausstattungslücken müssen hier geschlossen werden. Lehrkräfte brauchen außerdem verlässliche Informationen und klare Strukturen, sonst können sie nämlich nicht als Multiplikator in den Schulen wirken. Die Handwerkskammer Berlin unterstützt dies bereits mit eigenen Lehrerfortbildungen. Das machen wir auch. Wir geben dabei insbesondere Einblick in handwerkliche Berufe und aktuelle Inhalte für den Unterricht. Das ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Punkt, dass wir das weiterführen.

Wir müssen außerdem die Sichtbarkeit von Vorbildern stärken. Das tun wir vonseiten des Handwerks beispielsweise über Imagekampagnen. Ich erinnere zum Beispiel dabei an die Fotoausstellung „Handwerkerinnen: Stolz und Vorurteile“. Diese war im Bundesministerium für Wirtschaft, aber auch hier im Abgeordnetenhaus. Einige von Ihnen waren bei der Eröffnung dabei.

Doch ganz wichtig ist: Berufsorientierung endet vielerorts mit dem Schulabschluss, aber genau da beginnt für viele Jugendliche erst die richtige Herausforderung. Wir brauchen dementsprechend eine kontinuierliche Begleitung von Jugendlichen, die ihnen auch hilft, sich in der Ausbildungswelt zurechtzufinden. Die Zielmarke sollte also nicht der unterschriebene Ausbildungsvertrag oder die Immatrikulation an der Uni sein, sondern die Zielmarke sollte ein erfolgreicher Abschluss und dann der Übergang in eine reguläre Beschäftigung sein. Deswegen haben wir eine Azubi-Akademie bei uns in der Handwerkskammer gegründet, die auch Menschen während der Ausbildung unterstützt, zusätzlich qualifiziert, persönlich begleitet bei Prüfungsangst oder auch bei anderen Themen, natürlich auch Sprachkurse anbietet. Wichtig ist auch das Thema, das eben angesprochen wurde: dass diejenigen jungen Leute, die über den Fachkräfteeinwanderungskanal kommen, entsprechend unterstützt werden. Natürlich ist im Zweifelsfall auch ein Perspektivwechsel vorzubereiten, der manchmal vom Studium zur Ausbildung oder umgekehrt ansteht, damit man diesen meistert. Da ist unsere wichtige Forderung, dass wir hier eine engere Verzahnung von Berufs- und Studienorientierung erreichen.

Ein letztes Thema, das mir wichtig ist: Wir müssen verhindern, dass junge Menschen nach der Schule lange Zeit jobben. Das ist der Fall. Wir haben es eben gehört: Über 26 Prozent wollen erst einfach nur jobben. Dafür brauchen wir einerseits bezahlbaren Wohnraum für Auszubildende, Stichwort Azubiwohnen, und wir müssen – das ist mir auch ganz wichtig – Schwarzarbeit konsequent bekämpfen. Ich weiß, das sind Themenbereiche, gerade die letzten, die außerhalb dieses Ausschusses sind, aber Berufsorientierung funktioniert eben immer nur ganzheitlich, und dafür brauchen wir auch Maßnahmen, die gut und eng zwischen SenASGIVA und SenBJF abgestimmt werden. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen herzlichen Dank, Herr Dr. Altemeyer-Bartscher! – Machen wir weiter mit Herrn Pörksen oder mit Herrn Reinert? – Mit Herrn Pörksen. – Bitte sehr!

Jan Pörksen (Industrie- und Handelskammer zu Berlin – IHK Berlin –; Geschäftsführer Bildung & Beruf): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Wenn man jetzt hier in die Runde hört, egal ob Frau Aydin, die in ihrem Antrag verbindliche Strukturen in den Schulen fordert, oder Sie die Berufsorientierung verbindlich in den Schulen haben möchten, Sie haben es im Grunde auch bestätigt: Eigentlich sind wir uns an dieser Stelle schon mal sehr einig, und das ist wirklich gut. Das Problem, das wir haben – auch da sind wir, glaube ich, alle gar nicht unterschiedlicher Meinung –, ist, dass es im Grunde eine Katastrophe ist, dass wir auf der einen Seite Jugendliche haben, die keinen oder nicht den richtigen Ausbildungsplatz finden, und auf der anderen Seite viele Betriebe haben, die keine einzige Bewerbung mehr bekommen. 39 Prozent der Betriebe können ihre Ausbildungsplätze nicht besetzen. Dass wir das verändern müssen, ist vollkommen klar. Deswegen gehen die Weiterentwicklungen, die im Landeskonzzept stehen oder die Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, absolut in die richtige Richtung, und wir unterstützen sie. Wir sind aber auch der Meinung, dass wir an der einen oder anderen Stelle durchaus noch etwas mutiger und größer denken können, weil wir einfach noch mehr Struktur brauchen. Es reicht vielleicht nicht, dass man nur eine Bürokratie benennt, sondern man braucht wirkliche Managementstrukturen.

Verzeihen Sie mir den Seitenhieb, aber – wie soll ich es sagen – das Ganze funktioniert nur partnerschaftlich. Wenn man die letzten Wochen und Monate die Presse verfolgt hat, dann war das ganze Thema Ausbildung zwar unheimlich viel in der Presse, aber überhaupt nicht partnerschaftlich. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir uns hier über eine Ausbildungsplatzabgabe streiten, die viele Unternehmen belasten wird, die bürokratische Hürden mit sich bringt. Bei vielen Unternehmen hat ihr Engagement in der Berufsorientierung überhaupt nichts mit der Ausbildungsplatzabgabe zu tun hat. Ein Unternehmen kann ganz aktiv in der Berufsorientierung unterwegs sein, Schülerpraktikumsplätze ohne Ende anbieten, duale Studenten beschäftigen, sich in Projekten wie „Ich mache mich selbstständig“ engagieren und trotzdem die Ausbildungsplatzabgabe zahlen, weil es vielleicht einfach nicht in der Lage ist auszubilden, weil das einfach nicht zum Unternehmen passt. Dass diese Unternehmen sich dann überlegen, ob ihr Engagement in der gleichen Form noch gerechtfertigt ist, sollten Sie in jedem Fall berücksichtigen.

Zu den einzelnen Punkten: Wir hatten schon das Thema Evaluation. In dem Antrag steht, dass wir die BO-Maßnahmen evaluieren sollten. Wir haben ein tolles Projekt zusammen mit der Bildungsverwaltung, das BOOM-Projekt – Berufsorientierung organisiert und modular –, wo

wir in der Willy-Brandt-Teamschule sind und uns dort sehr intensiv mit Evaluationen beschäftigt haben. Wir haben festgestellt, dass man eine Maßnahme als solche schwer evaluieren kann, sondern sie kann zu einer Schule passen, oder sie kann zu einer Schule nicht passen. Sie kann zu Schülern und Schülerinnen passen oder halt nicht. Das heißt, es macht nicht so viel Sinn, jede einzelne Maßnahme zu evaluieren, sondern man muss an die Schulen gehen, dort Daten erheben, mit diesen Daten arbeiten, Transparenz in die Daten bringen, auch an Anschlussquoten und Ähnliches denken.

Wir haben das Thema Querschnittsaufgabe BO – Berufsorientierung – als wirkliche Querschnittsaufgabe. Das hängt tatsächlich sehr von der Schule und den Lehrerinnen und Lehrern ab, wie sie dieses Thema in ihren Unterricht einbauen. Es gibt absolute Vorbilder, von denen man wirklich lernen kann, es gibt aber sicherlich auch viele Lehrerinnen und Lehrer oder viele Fächer, bei denen keine Rolle spielt. Ich zumindest habe bis jetzt noch nicht von einem Sportlehrer gehört, der die Schülerinnen und Schüler zu den über 100 Sportberufen aufklärt, die es in Deutschland gibt. Es wäre aber vielleicht für den einen oder die andere total hilfreich, das zu wissen, weil man sonst – wir hatten das auch gerade – nur über das Elternhaus erfährt, welche Berufe es eigentlich gibt.

Das Thema, dass ein koordinierter Ansprechpartner allein nicht reicht, hatte ich schon benannt. – Kurz zum verpflichtenden Praktikum im 11. Jahrgang: Ich glaube, wir sind uns auch da alle einig, dass es umso besser für die Schülerinnen und Schüler ist, je mehr Praxisphasen es gibt, weil sie einfach draußen – Sie haben es gesagt – ein Stück vom echten Leben sehen können. Das ist wirklich der Schlüssel für eine vernünftige Berufsorientierung. Diese Praxisphasen müssen aber vernünftig vorbereitet und nachbereitet werden. Wenn Schülerpraktika wie heute stattfinden – ich gehe mal zur Tante, zum Onkel, oder ich gehe einfach mal zur Kita nebenan, weil die zufällig gerade nebenan ist, habe aber eigentlich überhaupt kein Interesse an diesen Themen –, dann bringt mir das Schülerpraktikum im Zweifel nur, dass ich danach weiß, dass ich das nicht machen möchte. Das ist auch nicht schlecht, aber man könnte es viel systematischer und zielführender durchführen. Insofern: Je mehr Praxisphasen, desto besser auf jeden Fall, aber sie müssen vernünftig vorbereitet und eingebunden sein.

Die Kooperation zwischen Schulen und Unternehmen ist ein ganz wichtiger Punkt. Auch das funktioniert nur partnerschaftlich und wenn man Strukturen in der Schule hat, die so etwas betreuen können, und auch das funktioniert letztendlich nur mit BO-Managern, die sich darum kümmern.

Letzter Punkt: Für uns wird ein Thema immer wichtiger, das duale Studium, weil es letztendlich zwei Dinge verbindet, die Vorteile des dualen Systems und die Möglichkeit des Studierens. Da haben wir in Berlin immer noch die Regelung, dass wir eine Berufsschulpflicht haben. Wir können nur darauf hinweisen: Bitte nutzen Sie die Möglichkeiten, wie in anderen Bundesländern schon, dass wir diese Berufsschulpflicht an dieser Stelle aufheben!

Was bleibt mir zusammenfassend zu sagen? – Wir brauchen eine gute, wirksame Berufsorientierung, die verbindlich und praxisnah ist. Wir schaffen es nur gemeinsam. Es braucht Zeit, bis diese Veränderungen einsetzen. Wir haben die Kooperationsmanager in den OSZ, Sie hatten es erwähnt. Das BOOM-Projekt wird erst in den nächsten Jahren Früchte tragen. – Das vielleicht in aller Kürze.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Pörksen! – Dann machen wir weiter mit Herrn Reinert. – Bitte sehr!

Thomas Reinert (Fritz-Karsen-Schule; WAT-Lehrkraft): Vielen Dank! – Sehr geehrte Frau Vorsitzende! Sehr geehrte Abgeordnete! Sehr geehrte Staatssekretäre! Ich sitze jetzt hier als WAT-Lehrkraft. Der Transparenz halber: Ich habe versucht, mich mit möglichst vielen anderen WAT-Lehrkräften abzusprechen und auch deren Punkte aufzunehmen, sodass ich hoffentlich halbwegs repräsentativ ein wenig aus der Praxis erzählen kann.

Vieles wurde schon gesagt. Vielleicht vorab: WAT ist natürlich durchaus mehr als nur BO, das steht auch in dem Antrag. Natürlich reden wir jetzt hier vornehmlich über BO, aber es ist weitaus mehr als das. Der Facettenreichtum des Fachs führt aber auch dazu, dass es an vielen Schulen unterschiedlich ausgestaltet ist. Das hatte Herr Pörksen schon angesprochen. Das betrifft einerseits die Stundenzahl, die eigentlich bei zwei Stunden liegen sollte, aber nicht an jeder Schule so ist, und wir reden von einem Theoriefach. Gleichzeitig haben wir auch den Werkunterricht. Das ist nicht das Gleiche. In einigen Schulen kann das dazu führen, dass Schülerinnen und Schüler von Klasse 1 bis 13 zur Schule gehen und nie eine Werkstatt gesehen haben, wenn sie nie einen Wahlpflichtkurs belegen, der dann den Werkstattunterricht beinhaltet. Das ist also ganz divers ausgestaltet.

Was die BO angeht, sind grundsätzlich viele gute Punkte darin, gerade auch in dem Antrag. Ich habe nur manchmal persönlich ein bisschen das Gefühl, dass man vielleicht mitdenken muss, was das eigentlich heißt. Es wurde schon viel gesagt. Grundsätzlich vorab: Der Schulkalender und das System Schule funktionieren nun mal anders. Das beinhaltet zum Beispiel auch, dass ein Praktikum – das wurde auch schon gesagt – ordentlich vor- und nachbereitet werden muss. Das ist eine ganze Menge Arbeit. Ich bin ein absoluter Fan von Praktika und möglichst vielen praktischen Erfahrungen. Wenn man das in allen Jahrgängen verpflichtend durchführt, heißt das aber auch, dass man dafür das Personal und die Nachbereitung braucht. Das heißt auch, wenn man eine Person benennt, die sich verpflichtend um Praktika kümmert, ist das eine Heidenarbeit. Ich durfte das letztes Jahr an unserer Schule machen. Das heißt sich ein bisschen damit, dass die Ermäßigungsstunden für BO jetzt reduziert wurden, von neun auf sechs Stunden zum Beispiel.

Zu den Werkstätten: Es ist auch sinnvoll, dass man sich mal anschaut, an welchen Schulen es überhaupt welche Werkstätten gibt. Es gibt dort auch einen großen Personalmangel. Viele Werkstätten werden zum Teil gar nicht genutzt, weil es entweder gar keinen Werkstattmeister oder keine Werkstattmeisterin gibt, viele Kolleginnen und Kollegen sich auch nicht trauen, wenn sie dafür nicht die Ausbildung haben. Dazu muss ich sagen, ich selbst bin auch im Quereinstieg. Ich durfte unter anderem bei Frau Kadi ein Seminar belegen. Natürlich ist das auch ein Teil der BO, aber es braucht das Personal und auch das Material, das ebenfalls hohe Kosten verursacht. Zu den Werkstätten noch: Es ist erst mal interessant, welche Werkstätten überhaupt genutzt werden, bevor man jetzt sagt, dass man das an Gymnasien einführen möchte, und man nutzt dann Werkstätten, wie an unserer Schule. Punkt eins: Das Personal fehlt. Punkt zwei: Die Werkstätten müssen gewartet und auf den neuesten Stand gebracht werden. Punkt drei: Wenn man von zukunftsorientierter BO spricht, sollte man sich vielleicht auch überlegen, dass es die Werkstatt für digitale Fertigung an den wenigsten Schulen gibt, würde ich behaupten, das heißt, die Arbeit mit Lasercuttern, Plottern, 3-D-Druckern und dergleichen. Wenn man wollte, könnte man das einrichten oder in andere Werkstätten integrieren. Das

passiert leider noch viel zu wenig. Vor allen Dingen wäre das auch im Sinne der Inklusion interessant.

Zum Thema Praktikum und IBA Praxis noch zusammengefasst mein persönlicher Eindruck, aber auch aus dem Gespräch mit anderen Lehrkräften: Die Kommunikation dazu ist, mit Verlaub, ziemlich dürftig, auch was das ganze 11. Pflichtschuljahr angeht. Wenn man so etwas beschließt, bin ich sehr verwundert, dass in allen Gesprächen, die ich geführt habe, mir keine Schule, bis hin zur Leitungsebene, richtig sagen konnte, was das jetzt eigentlich konkret bedeutet. Was ist genau IBA Praxis? – Dann ist es sehr stereotyp, wie zum Teil gedacht wird: Wenn sie nichts anderes finden, dann landen sie da, und so weiter und so fort. – Das hatten Sie auch schon angesprochen. Das ist eigentlich eine Riesenchance. Es wird nicht kommuniziert, aus welchen Gründen auch immer, sodass niemand wirklich Bescheid weiß. Ich war auch Teil des BO-Teams. Wir hatten eine Einführungsveranstaltung dazu. Das war auch eher dürftig, was man dort an Informationen bekommen hat. Da wird einfach viel liegengelassen. Auch die Praktikumsbörse – super Ansatz – wird nicht beworben.

Vielleicht ein letzter Punkt dazu: Diese ganzen Angebote, die es gibt – wir haben gerade schon viel gehört, von der IHK, von der Handwerkskammer und dergleichen –, sind super, nur muss man sie dann auch bündeln, in welcher Form auch immer, und den Lehrkräften zukommen lassen, die gerade am Limit laufen. Es gibt in Berlin dasselbe Angebot in sechs verschiedenen Ausführungen, was super ist, aber keiner weiß von allen Angeboten. Dann läuft das häufig ins Leere. Zu meinem ersten Punkt: Dazu muss man das Ökosystem Schule mitdenken und auch, wie Lehrerkalender funktionieren. – Ich belasse es angesichts der Zeit einfach mal dabei. – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Sie wollten die Punktlandung bei genau fünf Minuten hinglegen. Das ist Ihnen jetzt hiermit gelungen, definitiv. Da Sie aber schon so lange gewartet haben, hätte ich großes Verständnis dafür gehabt, wenn Sie die empfohlene Zeit überschritten hätten.

Vielen Dank erst einmal für Ihre Darstellung! – Frau Kadi! Herr Marien! Wir gehen jetzt in die Beratung hinein. Die entsprechenden Kolleginnen und Kollegen Abgeordnete haben jetzt die Möglichkeit, sich zu äußern und Fragen an Sie zu stellen. Dafür sind Sie heute da. Wenn Sie aber jetzt gehen müssen, dann müssen Sie das tun. Ich wollte nur noch einmal deutlich machen, welches Verfahren jetzt folgen wird. – Herr Marien!

Stefan Marien (BBB): Ich hätte jetzt ganz konkret noch zehn Minuten. Wenn die Fragen an mich gleich gestellt werden können, wäre das sehr nett von Ihnen.

Ayla Kadi (TU Berlin): Bei mir sieht es ähnlich aus. Meine Absolventinnen und Absolventen warten, dass ich Ihnen die Masterurkunden überreiche. Ich habe noch zehn Minuten.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Das ist auf jeden Fall sehr wichtig. Wir haben jetzt drei Rednerinnen auf der Rednerliste. Dann würde ich Sie bitten, genau das umzusetzen, worum Frau Kadi und Herr Marien gebeten haben. Ich starte jetzt mit Frau Schedlich, danach folgen Frau Brychcy und Frau Wojahn. Wenn die Fragen nicht an die beiden gehen, würde ich Sie hinterher noch einmal auf die Rednerliste setzen. Dann haben wir ein besseres Verfahren, damit die beiden jetzt wirklich zügig antworten können. Wenn alle damit einverstanden sind,

würde ich so verfahren. – Vielen Dank für das Entgegenkommen! – Frau Schedlich, bitte sehr!

Klara Schedlich (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch an alle Anzuhörenden vielen Dank für die Ausführungen! Ich würde relativ offen Sie beide gern noch einmal fragen: Es ist sehr deutlich geworden, dass Berufsorientierung früher, stärker, besser passieren muss und explizit ein sehr wichtiger Bestandteil der Allgemeinbildung ist. Was braucht es? Haben Sie Punkte mitgebracht, was es sowohl an schnelleren als auch an langfristigeren Maßnahmen gibt? Woran scheitert es in Berlin? – Wir wissen, dass es auch viele Werkstätten an allgemeinbildenden Schulen gibt, die leer stehen, wo es zum Beispiel keine Werkstattleitung gibt. Das wäre etwas, das uns einfallen würde. Vielleicht haben Sie aber noch weitere Punkte.

Zum Thema kontinuierliche Begleitung wollte ich etwas sagen. Ich mache es als Statement und frage gern nach Ihrer Meinung dazu. Wie bei vielen sozialen Themen ist auch hier Bindungsarbeit wichtig. Wenn die Jugendlichen, schon wenn sie sehr jung sind, Bezugspersonen haben, mit denen sie über die Zukunft – ein sehr großes und persönliches Thema – sprechen können, die sie vielleicht behalten können und die sie dann auch bei den Übergängen weiter begleiten, wäre das besser. Das sind alles Entscheidungen, die damit zusammenhängen, was man später machen soll.

Mir ist auch immer ganz wichtig: Es ist okay, wenn man mit 16 noch nicht weiß, was man sein ganzes Leben lang machen möchte. Das wusste ich auch nicht, das wussten wir wahrscheinlich alle nicht. Ich habe eher das Gefühl, Leute machen Praktika und wissen danach, was sie nicht tun wollen. Das ist aber auch wertvoll in diesem Entscheidungsprozess. Deswegen finde ich es so wichtig, dass man sich ausprobieren kann und dass es mehr Zeit für gut vor- und nachbereitete Praktika gibt. Dafür braucht es aber auch mehr Zeit innerhalb der Schulen. Vielleicht haben Sie auch hierzu noch Hinweise. Ich denke auch, dass das Bekanntmachen von bestehenden Angeboten megawichtig wäre.

Ich ende mit einem weiteren Statement, zu dem gern Stellung genommen werden könnte, dass auch IBA ein Angebot ist, das man bekannter machen könnte, bevor man immer neue Konzepte und Bildungsgänge schafft und dann alle verwirrt sind, weil es noch etwas gibt, das anders heißt.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Ich stelle meine Fragen jetzt nur an Sie beide, bevor ich nachher dann gern noch einmal auf die Redeliste möchte. – Frau Kadi wollte ich gern zu den Absolventinnen- und Absolventenzahlen fragen: Es ist so, dass wir teilweise einstellige Absolventinnen- und Absolventenzahlen hatten. Deswegen wollte ich noch mal nachfragen, wie die aktuelle Lage im Bereich Arbeitslehre ist. – Ich wollte zur Kooperation mit der BHT und der HTW fragen, die an den Start gegangen ist, wie sie angelaufen ist und ob sie nur für den OSZ-Bereich oder auch für die Arbeitslehre gilt. – Noch mal zum Nachstudieren eines dritten Fachs, also Arbeitslehre und Quereinstieg: Können Sie uns dazu noch etwas sagen?

Herrn Marien wollte ich gern fragen, ob Sie schon einen Überblick im BBB zu den sogenannten No-Shows haben, also den jungen Menschen, die leider trotz 11. Pflichtschuljahrs nicht aufgetaucht sind oder dann in der laufenden Umsetzung nicht mehr auftauchen.

Zur Zeitleiste, weil Sie angesprochen haben, dass jetzt der Start etwas holprig war: Was würden Sie für den kommenden Durchgang empfehlen? – Ich wollte noch fragen, ob seitens der Wirtschaft genügend Praxisplätze bei IBA Praxis vorhanden sind, ob Sie gute Kooperationen haben. – Sie haben die Ankerschulen und die Fahrzeit angesprochen. Gibt es hier einen Vorschlag, wie man das verbessern kann, dass die IBA-Praxis-Schülerinnen und -Schüler nicht so weit fahren müssen? Können Sie Übergänge von IBA in die duale Ausbildung verzeichnen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank für die konkreten Fragen! – Frau Wojahn!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank auch von mir! – Ich habe eine Frage an Frau Kadi speziell zum WAT-Fach: Wie soll das eigentlich im Rahmenschulplan implementiert sein? Wir werden das, glaube ich, später klären. Mir ist aus diesem Antrag nicht ganz klar, ob WAT als Pflichtfach oder als Wahlpflichtfach an Gymnasien vorgesehen ist. Dazu gibt es noch Klärungsbedarf, meinerseits zumindest.

Sie haben gesagt, die Berufsorientierung muss systematisch dargestellt sein. Wie sehen Sie da die Rolle? WAT allein ist nicht der Schlüssel dazu, haben wir gehört. Was wir aus der Anhörung im Januar mitgenommen haben, ist die Bedeutung der Kontinuität der Angebote und auch der Menschen, die die Jugendlichen begleiten. Herr Reinert hat das auch gesagt. Es geht nicht nur um die einmalige Beratung, sondern tatsächlich um die Begleitung auf dem Weg.

Herrn Marien wollte ich fragen: Wie ist die Situation bei der Ausbildung von Berufsschullehrerinnen und -lehrern? Wie kann man diesen Gap in der Bedeutung, der Anerkennung und auch der Ausweitung von Berufsorientierung an Schulen im Vergleich zu dem klassischen Schulplan verbessern? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Tabor, bitte sehr!

Tommy Tabor (AfD): Vielen Dank auch noch einmal an die Anzuhörenden! Ich habe nur zwei kleine Fragen an Herrn Pörksen. Ich muss im Anschluss nämlich auch gleich gehen. – Vor drei Jahren war Frau Trommsdorf von der IHK hier. Sie sagte, aus ihrer Sicht sollte jeder Schüler ein verifiziertes Kompetenzfeststellungsverfahren vor dem ersten Schülerpraktikum absolvieren, sozusagen einen Berufswahltest bei der Bundesagentur für Arbeit, bei dem Talente Check zum Beispiel. Ist das mittlerweile Standard, oder ist das nach wie vor eine Forderung von Ihnen?

Weiter sagte Frau Trommsdorf, auch das Thema Coaching sollte aus ihrer Sicht ausgebaut werden und ein fester Bestandteil der Berufsorientierung sein. Die JBA sollte die Jugendlichen sogar bis zur Vertragsunterschrift begleiten. Meine Frage: Ist das mittlerweile Standard oder nach wie vor eine Forderung? – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Bevor Frau Kadi und Herr Marien selbstverständlich gleich das Wort bekommen, um die Fragen zu beantworten: Wir haben es jetzt genau 16.59 Uhr. Ich möchte dem Ausschuss etwas vorschlagen. Wir können jeden anderen TOP vertagen, aber nicht die gerade angefangene Anhörung.

Ich würde sehr gern fortsetzen und möchte fragen, ob wir uns auf 17.30 Uhr verständigen können, damit wir die Anhörung abschließen können. Ich weiß, das ist immer unglücklich, viele haben Anschlusstermine, aber da die Anzuhörenden jetzt schon so lange gewartet haben, würde ich das gern fortführen. Gibt es dazu Widerspruch? – Das höre ich jetzt nicht. Dann danke ich den Mitgliedern dieses Ausschusses und selbstverständlich auch den Anzuhörenden ganz herzlich, dass Sie sich auch noch diese halbe Stunde Zeit nehmen! Ich hoffe, das funktioniert, denn eine Expertise mit Ihnen als Personen hat man nicht jeden Tag hier sitzen. Also vielen Dank! – Dann Frau Kadi, bitte sehr!

Ayla Kadi (TU Berlin): Vielen Dank! – Ich versuche, alle Fragen, die ich gehört habe, zusammenzufassen. Ich glaube, es ist wichtig zu verstehen, dass unser Schulsystem auf eine Industriegesellschaft ausgerichtet ist und der Fächerkanon so oder so ähnlich seit hundert Jahren stark tradiert ist. Das heißt, immer wenn gesellschaftliche Veränderung passiert, nehmen wir etwas und packen es auf das Schulsystem drauf. Das funktioniert natürlich nicht. So können wir WAT nicht an Gymnasien einführen; das ist ganz klar. Aber selbst die Gymnasien funktionieren für unsere heutige Gesellschaft nicht. Das heißt, wir müssen Schule ganzheitlich denken. Ich verstehe, dass politische Veränderungen Zeit brauchen, aber es ist wichtig, dass wir nicht an den Fächern festhalten, wie wir sie heute haben, sondern dass wir zum Beispiel affine Fächer zusammenlegen und eher eine ganzheitliche Bildung, eine moderierte Bildung denken.

Bis es so weit ist, müssen wir irgendwie weiterkommen, und da müssen wir aufpassen: Wenn wir nicht schnell handeln, wird Deutschland den Anschluss noch mehr verlieren und nicht mehr aufholen können. Ich sage nur: KI. Innerhalb von zwei Jahren hat sich die gesamte Arbeitswelt komplett verändert. Wir müssen schnell handeln. Das heißt, wenn wir WAT an Schulen einführen, dann müssen wir auch den Mut haben, die Fächerkombinationen so zu verändern, dass zum Beispiel Physik und Chemie als ein Fach gesehen werden. Denn letzten Endes geht es nicht darum, Fachwissen zu lernen – das ist vorbei –, sondern es geht darum, wo ich es finde, wie ich die Quelle bewerte und wie ich es dann anwende.

Dann die Rolle von WAT in der Berufsorientierung: Berufsorientierung ist ein langfristiger personeninterner Prozess, und wir brauchen die drei Säulen, die wir in der Gesellschaft haben. Einmal das stabile Umfeld: Dafür brauchen wir Informationen, das heißt, wir brauchen Berufsorientierungsmanagerinnen und -manager – das Wort nehme ich jetzt einfach auf, das finde ich schön, denn genau das ist es –, die in der Lage sind, Informationen zu scannen, zu bündeln und die betroffenen Personen damit zu versorgen, das heißt, die Lehrkräfte, Eltern oder eben die Jugendlichen zu informieren. Dann die Beratung: Wir brauchen Beraterinnen und Berater, die die Kompetenzen und die Zeitressourcen haben, Schülerinnen und Schüler zu beraten, und zwar vor Ort an der Schule, denn wenn ich die Wege verlängere und sie irgendwohin müssen, verliere ich einen Großteil einfach. Dann natürlich die Begleitung: Es gibt nun mal Kinder und Jugendliche – wir sprechen in manchen Bezirken von 90 Prozent der Schülerschaft –, die nicht in der Lage sind, nur durch Beratung in Arbeit und Beruf zu münden. Diese brauchen tatsächlich eine Begleitung, und zwar frühzeitig. Auch da bitte ich Sie, die WAT-Lehrkräfte zu entlasten.

Im Grunde genommen können die WAT-Lehrkräfte das Wissen vermitteln, Selbstwirksamkeit im Unterricht fördern und die Motivation durch bestimmte Methoden herstellen. Was sie nicht können, ist, tatsächlich die individuelle intime Berufsorientierung zu begleiten, denn

Berufswahl ist die intimste Entscheidung, die ich nach der Partnerwahl treffen kann, und natürlich kann ich mit 16 Jahren nicht wissen, mit wem ich alt werde. Das ist klar. Dazu müssen wir auch verstehen, dass mittlerweile die Generation, die jetzt heranwächst, wahrscheinlich fünf bis sechs Berufsleben durchlaufen wird, bis sie in Rente gehen darf – wenn sie überhaupt in Rente gehen darf.

Zur Werkstatt: Stellen Sie sich bitte Werkstätten am Gymnasium vor, von der digitalen Werkstatt über gesundheitsmedizinische Werkstätten und so weiter! Werkstatt ist eben nicht nur Mauern, sondern Werkstatt ist alles, wo ich produktiv, projekt- und produktorientiert und ganzheitlich lerne. Die Niederlande sind vorangegangen. Dort kann die Abiturprüfung zum Beispiel darin bestehen, einen umweltfreundlichen Lack zu entwickeln. Dann muss ich alles können, Sprache, Mathe, Chemie, Bio und so weiter, Gesetzestexte interpretieren, und dann etwas präsentieren, in das all mein Wissen und Können geflossen ist. Auch das ist WAT in der Gymnasialstufe, bis hin zur Abiprüfung.

Hinsichtlich der Absolventenzahlen haben wir dasselbe Problem wie alle anderen: Lehramt ist nicht ganz so begehrt. Wieso, weshalb, warum? – Das wissen Sie, glaube ich; das haben Sie hier mehrfach diskutiert. Wir bekommen Studierende im ersten Semester, die noch nicht wissen, was sie werden wollen. Dann studieren sie, machen vielleicht sogar den Bachelorabschluss, entscheiden sich dann aber, nicht mehr im Master weiterzumachen. Wir haben de facto gerade 39 Immatrikulierte im Master. Das ist die Realität, mit der wir es zu tun haben. Man hat die Begrenzung unserer Immatrikulationszahlen aufgehoben, und jetzt müssen wir schauen, wie wir unsere Studierenden, die wir so bekommen, wie wir sie bekommen, durch das Studium bringen. Dabei ist unsere Anspruchshaltung natürlich sehr hoch. Wirtschaft-Arbeit-Technik heißt, im Grunde genommen studieren sie mit Arbeitslehre drei verschiedene Fächer. In Kombination mit einem weiteren Zweitfach ist das schwierig. Ich glaube, auch da Lehramtsausbildung neu zu denken, die Fachwissenschaften loszulassen und mehr auf das vorzubereiten, was sie tatsächlich in der Schule vorfinden, wäre eine Möglichkeit. Solange Arbeitslehre ein Nebenfach bleibt, werden wir die Schwierigkeiten, die wir haben, weiterhin haben. Viele Lehrerinnen und Lehrer, mit denen ich Fortbildungen mache – jetzt am Freitag hatte ich Inklusion mit beruflichen Schule –, haben tatsächlich das Problem, dass sie gar nicht wissen, wie Berufsorientierung richtig geht. Da müssen wir sowohl in der ersten Ausbildung als auch später in Arbeit und Beruf, also wenn die Lehrkräfte an den Schulen angekommen sind, nachgreifen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Kadi! – Dann machen wir mit Herrn Marien und direkt im Anschluss mit Herr Pörksen weiter, weil da die entsprechende Frage des Abgeordneten Tabor war, der dann gehen muss. – Herr Marien, bitte sehr!

Stefan Marien (BBB): Ich versuche, auf alles einzugehen und die Fragen ein bisschen zu bündeln. – Das ganze Thema Berufsorientierung ist natürlich auch eine Zeitfrage. Das wurde schon angesprochen. Es ist natürlich wahnsinnig schwer, mit 15, 16 Jahren schon eine klare Orientierung zu haben. Das ist allgemein erst mal so. Daran ist keiner schuld, das liegt einfach in der Entwicklung des Menschen. Bei Abiturienten ist es völlig normal, die sind schon 18 oder 19 Jahre, dass sie dann noch ein Auslandsjahr machen und so weiter, und dann wird gesagt: Okay, so langsam weiß ich, in welche Richtung ich gehe. – Da ist man aber schon 20 Jahre alt. Insofern ist das ein großer Unterschied, den man einfach sehen muss, woran auch keiner richtig etwas ändern kann.

Nichtsdestotrotz ist es natürlich so, dass wir in den Oberstufenzentren beobachten, dass sehr viele ehemalige Schülerinnen und Schüler eben nicht orientiert sind. Insofern will ich noch einmal diesen Punkt nennen, den ich auch vorgetragen habe: In den Sekundarschulen muss einfach aus meiner Sicht die praktische Ausbildung ein Stück weit verstärkt werden. WAT und irgendetwas in diese Richtung muss verstärkt werden, damit das auch zählt. Es wird sehr stark in Richtung gymnasiale Oberstufe orientiert, dafür gibt es im Prinzip auch die Ressourcen. Die Praxis fällt dabei ein Stück weit hinten runter. Das ist einfach ein Grundproblem, das angegangen werden muss. Das ist jetzt kein Bashing gegen die Sekundarschulen. Ich weiß, dass da ganz viele tolle Sachen passieren. Es muss aber stärker in die praktische Richtung orientiert werden, ansonsten gehen die praxisorientierten Schüler ein Stück weit unter und wissen nicht genau, was sie danach machen sollen.

Praktikumsplätze: Ich hatte die IHK mit ihren Kooperationsmanagerinnen und -managern gelobt. Das ist erst mal eine gute Idee für die Sache. Letztendlich gibt es aber nicht genug wirklich gute Praktikumsplätze. Ich fokussiere jetzt auf die Qualität der Praktikumsplätze. Es sind einfach sehr viele Leute, die Praktikumsplätze suchen. Jetzt kamen noch die Ankerschüler hinzu. Wir haben die ganzen IBA-Leute, die Praktikumsplätze suchen, es gibt die Schülerpraktika, und wir haben Studenten, die Praktikumsplätze suchen. Wir haben extrem viele Personengruppen, die Praktika suchen. Dementsprechend ist die Wirtschaft ein Stück weit überfordert, wirklich für alle den idealen Praktikumsplatz zu finden, denke ich. Wir merken das jedenfalls, gerade im IBA-Bereich. Wir haben auch ganz traditionell 150 IBA-Schüler, die wirklich viele Schwierigkeiten haben, adäquate, gute Praktikumsplätze zu bekommen.

Es wurde eine Veränderung der IBA angesprochen. IBA ist erst einmal ein guter Weg, aber sicherlich noch verbesserungswürdig. Wir hatten immer schon die zweijährige Möglichkeit vorgeschlagen, also dass man IBA auch zwei Jahre besuchen kann. Das ist schon angegangen worden. Das ist die eine Möglichkeit, und auch den IBA-Abschluss aufzuwerten, dass man quasi mit dem IBA-Abschluss automatisch die eBBR – erweiterte Berufsbildungsreife – dazu bekommt, wenn zum Beispiel ein bestimmter Notendurchschnitt erreicht wurde, all das sind Möglichkeiten, über die schon einmal diskutiert wurde, aber die man vielleicht auch noch einmal positiv angehen sollte.

Das Thema Lehrkräfte ist ein großes Thema. Unsere Schule ist zurzeit mit 84 Prozent ausgestattet. Das ist also kein hervorragender Wert. Wir haben in der Zwischenzeit nicht mehr einen so großen Bedarf in der Allgemeinbildung, diese Lehrkräfte kriegen wir schon irgendwie, aber bei der Fachausbildung gibt es einfach keinen mehr. Da wäre eine höhere Flexibilität erforderlich. Einen guten Weg gibt es schon: Es soll jetzt die Möglichkeit kommen, dass Fachpraxislehrer, also Leute ohne Studium, die aber die fachliche Expertise haben, Meistertitel und so weiter, letztendlich auch vollwertige Lehrkräfte werden können, wenn sie noch eine Fortbildung machen. Das ist angedacht und wohl auch schon mehr oder weniger beschlossen. Diese Möglichkeit begrüßen wir ausdrücklich.

Es gibt aber immer noch einige Einzelfälle. Ich nenne mal einen Fall, den wir in der Schule hatten: Wir hatten eine Fachkraft, die die fachliche Qualifikation hatte. Sie hatte als Zweitfach leider – das sage ich mal in Anführungszeichen – für Berlin evangelische Theologie. Damit kam sie nicht ins Referendariat. Diese wertvolle Fachkraft konnten wir dann leider nicht einstellen. Wie gesagt, bei 84 Prozent hilft uns jede Lehrkraft, die wir noch haben könnten. Da

wünsche ich mir eine größere Flexibilität, auch von der Verwaltungsseite, dass so etwas auch möglich ist, um das zu unterstützen. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen halbwegs beantwortet. Danke! Leider muss ich mich jetzt auch direkt verabschieden. Tut mir leid!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Frau Kadi! Vielen Dank, Herr Marien! Wir wissen das sehr zu schätzen. Ihnen noch einen guten Abend und einen guten Heimweg! Vielen Dank, dass Sie da waren und uns hier so umfänglich mit Ihrer Expertise weitergeholfen und zur Verfügung gestanden haben! – Dann machen wir jetzt weiter mit Herrn Pörksen. – Bitte sehr!

Jan Pörksen (IHK Berlin): Sehr gern! – Kurz die Themen Kompetenzfeststellungstest und Coaching: Ja, wir haben mit dem Talente Check in Berlin einen wirklich einmaligen Ort geschaffen, der inzwischen auch von wirklich vielen Schülerinnen und Schüler besucht wird. Er richtet sich insbesondere an Achtklässler, und wir haben jetzt jedes Jahr, mit steigender Tendenz, zwischen 5 500 und 6 500 Schülerinnen und Schüler, die ihn besuchen. Zu dem Talente Check gehört nicht nur der Besuch, sondern darin ist ein Kompetenzfeststellungsverfahren integriert. Das von früher ist etwas in die Jahre gekommen, wir haben es verändert. Jetzt haben wir Check-U. Das ist ein onlinebasierter Test, den jede Schülerin und jeder Schüler theoretisch auch in der Schule machen könnte, den man weiterführen und auf den man aufbauen kann. Zu diesen Tests gehört auch immer eine Beratung. Das heißt, die Teams vor Ort in den Schulen sollen, wenn die Ergebnisse da sind, mit den Schülerinnen und Schüler über diese Ergebnisse sprechen und letztendlich Empfehlungen geben, in welche Richtung zum Beispiel ein Schülerpraktikum ausgewählt werden könnte. Insofern sind wir an der Stelle tatsächlich ein Stück weiter als vor drei Jahren.

Beim Thema Coaching sind wir meines Wissens nicht weiter. Es gibt bisher immer noch keine aufsuchende Beratung, die andere Bundesländer wirklich sehr intensiv machen. Das heißt, Schülerinnen und Schüler, die nicht in der JBA – Jugendberufsagentur – erscheinen, werden zu Hause gelassen. Das muss man ehrlicherweise sagen. Wir hatten vorhin das ganze Thema Abstinenz im 11. Pflichtschuljahr, und Herr Marien hatte auch berichtet, dass viele einfach gar nicht auftauchen. Auch nach der Schulzeit hat die JBA, zumindest meines Wissens, das ganze Thema aufsuchende Beratung und damit auch Coachingmöglichkeiten nicht groß auf dem Schirm.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank, Herr Pörksen! – Dann nehmen wir jetzt noch einmal die Kolleginnen und Kollegen dran, die vorhin explizite Fragen an Frau Kadi und Herr Marien hatten. Sie würde ich jetzt erst einmal aufrufen, und dann gehen wir in die weitere Beratung mit unseren Experten. – Frau Brychey, bitte sehr!

Franziska Brychey (LINKE): Ich habe noch Fragen an den Senat, und zwar zur Ausstattung der BO-Teams. Wie viele Anrechnungsstunden stehen aktuell zur Verfügung? Es hieß, dass für Berufsorientierung jetzt weniger Anrechnungsstunden zur Verfügung stehen. Wir haben gehört, wie wichtig es ist, dass auch an den Schulen eine Verantwortlichkeit und eine Resource vorhanden ist.

Dann wollte ich zum Landeskonzert fragen, weil die Koalition beantragt, dass Berufsorientierung auch an den Grundschulen etabliert werden soll, und meines Wissens ist das schon der

Fall: Können Sie zur Novellierung 2023 ausführen, welche Elemente des Koalitionsantrags schon im Landeskonzert stehen und welche aus unserer Sicht jetzt noch fehlen?

Zur Evaluation der Berufsorientierungsmaßnahmen: Im Einzelplan 11 wurden die Ressourcen für diese Evaluation komplett gestrichen und durch die Koalition nicht wieder eingestellt. Wie soll die Evaluation der Berufsorientierungsmaßnahmen stattfinden?

Dann bitte ich darum auszuführen, welche Verstärkung des WAT-Unterrichts in den Klassen 9 und 10 jetzt angedacht ist. Diese steht im Koalitionsvertrag. Welche Ressourcen für Berufsorientierung an den Gymnasien werden jetzt zusätzlich zur Verfügung gestellt, damit das umgesetzt werden kann?

Gibt es einen Überblick über die Werkstätten an den ISS, Gemeinschaftsschulen und Gymnasien? – Zur Laufbahn für die Lehrkräfte für Fachpraxis: Wird dafür jetzt eine Laufbahn geschaffen? Wenn ja, wie sieht der Zeithorizont aus?

Herrn Dr. Altemeyer-Bartscher möchte ich nach dem Schulpaten fragen. Die Koalition hat dankenswerterweise nicht nur im Einzelplan 10, sondern auch im Einzelplan 11 den Schulpaten noch einmal richtig aufgestockt. Kann das umgesetzt werden? Wie sind die Pläne der HWK – Handwerkskammer – dazu? Ich erinnere mich, dass die HWK Vorreiter darin war, dass auch junge Menschen ohne Abschluss in die Ausbildung aufgenommen werden können, selbst wenn keine BBR – Berufsbildungsreife – vorliegt. Wie ist hier der aktuelle Stand?

Sie haben das Azubiwerk angesprochen. Dazu könnte der Senat auch noch etwas sagen. Dafür ist Geld eingestellt worden. Wie sieht hier der Zeitplan aus?

Zur Ausbildungsvergütung: Sie sagten, dass Jobben nicht zur Normalität werden sollte. Dafür ist es natürlich wichtig, dass immer gute Ausbildungsvergütungen gezahlt werden. Wie betrachtet das die HWK?

Eine kritische Anmerkung: Ich habe zur Kenntnis genommen, dass die HWK das Bündnis für Ausbildung verlassen hat. Das bedaure ich sehr. Ich wollte nachfragen, wie jetzt weiter vorgegangen wird. Es gibt viele Ziele, abgesehen von der Ausbildungsplatzumlage, die in dem Bündnis für Ausbildung erreicht werden sollen.

Herrn Pörksen möchte ich zu BOOM – Berufsorientierung organisiert und modular – fragen, wie viele Schulen jetzt schon diese Kooperationsmanagerinnen und -manager erhalten, wie der weitere Ausbildungsstand ist und wie die Ausbildungsbetriebsquote erhöht werden kann. Wie können wir die Unternehmen dafür begeistern, mehr auszubilden? Viele haben die Ausbildungsberechtigung, aber nur sehr wenige sind in der Ausbildung aktiv.

Zum Schluss möchte ich bei Herrn Reinert nachfragen – Sie hatten das mit dem Personal so schön dargestellt, dass es auch Werkstattmeisterinnen und -meister braucht –: Wie ist im Moment die Lage an den ISS? Haben wir genug Werkstattmeisterinnen und -meister? Wie gehen die Schulen damit um, wenn das nicht der Fall ist? Haben Sie zum Thema digitale Fertigung in den Werkstätten Best-Practice-Beispiele, bei denen einzelne Schulen schon 3D-Drucker oder Lasertechnik angeschafft haben? Wie haben sie das finanziert? – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann machen wir mit Herrn Meyer weiter. – Bitte an die drei Minuten maximale Redezeitbegrenzung denken!

Sven Meyer (SPD): Ich halte mich daran. Viele Fragen habe ich auch nicht mehr. Es sind nicht mehr viele übrig. – Über die Werkstätten wurde jetzt schon sehr lange und sehr viel gesprochen. Ich habe noch eine etwas andere Frage, insbesondere an Handwerkskammer und IHK, aber durchaus auch an Herrn Reinert. Wir haben natürlich zu wenig Leute, zu wenig Personal. Es ist tatsächlich auch schwierig, hierfür Personal zu bekommen. Wir haben aber auch tolle Projekte, beispielsweise bei der Mobilen BAUWERKstatt, wo es eben darum geht, Projekte zu machen. Das ist sowieso so ein Punkt: Ist es nicht gerade sinnvoll, Berufsorientierung an Projekten zu machen, bei denen man wirklich etwas erschafft, wie bei der BAUWERKstatt, etwas Konkretes, das auch nutzbar ist, etwas Sinnvolles, und dafür Leute zu begeistern? Kann man nicht in dem Kontext zum Beispiel Werkstätten nutzen, indem es Kooperationen mit Unternehmen gibt? Ich will jetzt gar nicht sagen, Unternehmen müssen das machen, weil es auch schwierig ist zu sagen, welches Unternehmen dafür Ressourcen hat und so weiter. Vielleicht können Unternehmen auch kooperieren. Ist es nicht möglich, da mit Schulen Kooperationen zu finden, bei denen sie die Werkstätten als Ort nutzen, an dem Projekte erstellt werden können? Wie könnte man so etwas fördern und unterstützen? Dazu die Frage an Herrn Reinert: Gerade das Ausprobieren in Gruppen, etwas Sinnvolles gestalten, wäre das etwas, wo Schulen auch über einen längeren Zeitraum eine Patenschaft mit Unternehmen eingehen könnten, um eine langfristige Perspektive zu schaffen?

Eine andere Frage: Es wurde vorhin gesagt, dass es zwischen SenASGIVA und SenBJF manchmal etwas schwierig ist. Wie kann dort eine stringenter, bessere Abstimmung stattfinden? Meine Frage, hier insbesondere an Handwerkskammer und IHK: Wie bewerten Sie das? Haben Sie überhaupt eine Bewertung, was die Verteilung von Aufgaben und Kompetenzen zwischen den beiden Senatsverwaltungen anbelangt? Sollte etwas gebündelt werden oder auch nicht? – Einfach eine ganz offene Frage an Sie, wie Sie das Ganze sehen und bewerten.

Zum Thema Praktika: Ohne Bashing, ohne alles – Praktika sind schwierig. Ein gutes Praktikum zu machen ist gar nicht so einfach, auch für Unternehmen. Man muss ehrlicherweise sagen, dass genauso wenig, wie jedes Unternehmen gut ausbilden kann, jedes Unternehmen ein gutes Praktikum machen kann. Das geht auch nicht. Das ist gar nicht böse gemeint, sondern die Frage ist eher: Wie können wir es hinbekommen, Rahmenbedingungen für gute Praktika zu schaffen? Man muss sagen, lieber kein Praktikum als ein schlechtes, denn so kann man, ehrlich gesagt, richtig viel versauen, zum Beispiel wenn am Ende nur Kaffeekochen dabei herauskommt. Manche können es tatsächlich nicht. Ich habe auch in der Berufsorientierung gearbeitet, und ich muss sagen: Manche Praktika, wo die Mutter gesagt hat: Mach das mal! – eher nicht. Deswegen die Frage: Kann man Rahmenbedingungen für Unternehmen festsetzen?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Herr Kollege Meyer, drei Minuten!

Sven Meyer (SPD): Noch ein Punkt: Die Handwerkskammer hat gesagt, dass das Ausbildungsbündnis gut, sinnvoll und richtig ist. Meine Frage an die Handwerkskammer: Ist es dann nicht notwendig, daran teilzunehmen, unabhängig von der Frage, ob man eingeladen wird, weil es hier um die Schülerinnen und Schüler geht? Hier geht es um die Leute und um die Unternehmen. Bitte nehmen Sie das mit! – Danke!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Frau Wojahn!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Vielen Dank! – Ich kann hier sehr gut anknüpfen. Meine Frage an Herrn Dr. Altmeyer-Bartscher: Es hat einen gewissen Vorlauf gegeben, bis im Rahmen dieses Bündnisses Zuständigkeiten und Zahlen geklärt worden sind. Es wurde sehr viel über Zahlen gestritten, aber es sind mit diesem Maßnahmenkatalog auch einige gute Maßnahmen entstanden. Dazu würde ich Sie gern fragen: Welche Maßnahmen greifen aus Ihrer Perspektive schon? An welchen haben Sie angefangen sich zu beteiligen? Ist es nicht sinnvoll, wirklich ganz im Sinne der jungen Menschen in dieser Stadt, dass Sie auch weiterhin in diesem Bündnis bleiben? Es ist sehr wichtig, dass wir diese Struktur und diese Vernetzung mit ihren Höhen und Tiefen aufrechterhalten und auch weiter ausbauen, wie es zum Beispiel Hamburg oder auch Bremen vormachen.

Dann noch eine Frage, Frau Zarth hatte diese sehr gute Idee: Es geht nicht nur um das Azubiwohnen, auch um das Azubiwerk, das eine sehr gute Sache ist. Wir werden aber etwas warten müssen, bis das gebaut wird. Sie hat auch die Initiative gestartet, Azubiwohnungen in Studentenwohnheimen bereitzustellen. Gibt es dafür konkrete Unterstützung seitens des Landes, oder haben Sie dazu neue Erkenntnisse, ob die Universitäten und das studierendenWERK dazu bereit wären?

Dann eine Frage an die IHK: Sie haben gesagt, eine Partnerschaft hat es nicht gegeben. Gab es tatsächlich kein Bemühen? Ich habe das Gefühl, seitdem wir so intensiv über die Frage der Ausbildung in Berlin reden, hat sich doch einiges getan. Es ist einfach im Diskurs und steht bei vielen Verwaltungen ganz oben auf der Agenda. Es ist aber auch, glaube ich, bei den Unternehmen selbst angekommen, dass man sich jetzt an mehr Plätze und Kooperationen machen sollte. Auch Sie haben jetzt sehr gute Projekte mit Schulen und die Ausbildungsbotschafterinnen und -botschafter als Peer-to-Peer-Angebote. Das sind wirklich sehr wichtige Projekte. Gerade solche Peer-to-Peer-Angebote von Gleichaltrigen finde ich in Anbetracht dessen sehr wichtig, dass wir in Berlin nach dem letzten Berufsbildungsbericht und Datenreport des Bundesinstituts für Berufsbildung wieder an letzter Stelle bei der Angebots-Nachfrage-Relation sind.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Kollegin Wojahn, drei Minuten!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Ich bin gleich fertig.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Bitte denken Sie daran, dass wir eigentlich in drei Minuten fertig sein wollten.

Tonka Wojahn (GRÜNE): Aber diese geballte Expertise sieht man nicht jeden Tag.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Ich verstehe das sehr gut, aber ich möchte trotzdem darauf hinweisen, dass es natürlich eine Zeitvorgabe gibt, die wir jetzt gerade schon erweitert haben, und natürlich die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier im Abgeordnetenhaus zu berücksichtigen ist. Deshalb möchte ich Sie jetzt wirklich eindringlich bitten, sich daran zu halten!

Tonka Wojahn (GRÜNE): Sehr gern! – Ich habe nur eine letzte Frage, und zwar an den Senat oder an die Antragstellenden: Wird WAT auch ein Pflichtfach an Gymnasien? Ist es als ein solches gedacht, oder ist es als ein Wahlpflichtfach gedacht? Wir kennen auch die Sorgen von einigen Geschichts- und Politiklehrerinnen und -lehrern, dass es in ihre Stunden reingequetscht wird, dass dafür keine Unterrichtsstunden extra vorgesehen werden. Wie werden die personellen Ressourcen gewährleistet, um WAT an allen Schulen zu unterrichten?

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Kollegin Aydin, bitte sehr!

Sevim Aydin (SPD): Nur eine Frage; ich wollte gern an Sven Meyer anknüpfen: Im Rahmen des Landeskonzpts Berufsorientierung hat man auch diskutiert, wie die Kriterien für die Praktika festgelegt werden. Ich wollte Herrn Salchow bitten, uns den Stand mitzuteilen. Dass man dafür Standards festlegt, wird seit Langem diskutiert.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Dann schlage ich, weil die Rednerliste jetzt geschlossen ist, folgende Reihenfolge vor: Herr Dr. Altemeyer-Bartscher, dann Herr Reinert und dann Herr Pörsken, der schon gesprochen hat. Das wäre zumindest von der gefühlten Gerechtigkeit her besser. – Bitte sehr!

Dr. Martin Altemeyer-Bartscher (HWK Berlin): Vielen Dank für die Fragen! – Ich würde versuchen, vorab eine universale Frage zu klären. Da ging es um das Bündnis für Ausbildung. Wir vonseiten des Handwerks sind aus dem Bündnis für Ausbildung ausgestiegen. Das hat folgenden Grund: Es gab drei Gelegenheiten für eine Einbeziehung oder Anhörung des Handwerks durch die Politik, und alle drei Gelegenheiten wurden verpasst.

Die erste war die Befassung mit dem Gesetzesentwurf innerhalb der Bündnisgespräche. Diese Gelegenheit hat man nicht wahrgenommen. Die zweite Gelegenheit wäre eine Verbändeanhörung durch SenASGIVA gewesen. Auch das hat nicht stattgefunden. Das Gesetz wurde dann schon über die beiden Regierungskoalitionsfraktionen in das Abgeordnetenhaus eingebracht. Die dritte Gelegenheit war nach Einbringung durch die Fraktionen ins Abgeordnetenhaus eine Anhörung im Abgeordnetenhaus. Auch diese Gelegenheit hat man verpasst. Aus unserer Sicht hat das Handwerk gerade auf dem Ausbildungsmarkt, aber auch generell für die Wirtschaft Berlins, eine so große Bedeutung, dass es nicht hinnehmbar und unzumutbar war, dass wir weiterhin in diesem Bündnis bleiben.

Wir werden unsere Anstrengungen im Bereich Berufsorientierung und insgesamt im Bereich Ausbildung und Qualität der Ausbildung weiterhin sehr hoch halten und wahrscheinlich noch intensivieren. Wir haben dadurch, dass wir nicht mehr im Bündnis sind, neue zeitliche Ressourcen gewonnen. Viele Mitarbeiter waren in Sitzungen gebunden. Diese Zeit können sie jetzt nutzen, um an neuen Konzepten zu arbeiten. Ich habe eben in der ersten Fragerunde, in der ersten Anhörungsphase, schon über ein Konzept gesprochen, das wir in Verbindung mit der Wissenschaft entwickelt haben, das ein gutes Konzept ist, an dem wir auch noch arbeiten können, um unsere Anstrengungen zu intensivieren. Das werden wir mit unseren Partnern auch weiter tun. Das werden wir mit der IHK tun und auch mit allen Partnern aus der öffentlichen Verwaltung. Da sind wir im engen Austausch. Wir haben ein Aktionsprogramm Handwerk, das wir auch im kommenden Jahr mit der Verwaltung novellieren werden. Auch da werden wir natürlich diese Themenbereiche eng abstimmen und neue Ideen finden, wie wir weiterkommen. Das werden wir in der Intensität außerhalb des Bündnisses weiter tun.

Der Schulpate wurde angesprochen. – Vielen Dank für diese Frage! – Der Schulpate ist eine Möglichkeit, mit der wir auch schon ersten Kontakt mit Berufen – und es geht nicht nur um das Handwerk, sondern allgemein um die berufliche Welt – im Grundschulalter schaffen können, und das insbesondere in Schulen in sozial angespannten Bezirken. Das ist ganz wichtig. Es gibt dort viele Kinder, die aus familiären Hintergründen kommen, in denen es nicht unbedingt jeden Tag gang und gäbe ist, dass die Eltern zur Arbeit gehen, sondern wo es auch Kinder gibt, die aus sozialen Verhältnissen kommen, in denen eine reguläre Arbeit nicht alltäglich ist. Dass man dort auch diese berufliche Welt ein bisschen besser kennenlernt, ist eine ganz wichtige Sache, denn wir sehen, und das zeigen auch wissenschaftliche Studien, dass man gewisse Optionen immer da, wo sie nicht sichtbar sind, vielleicht irgendwann im Rahmen der Entwicklung ausschließen wird. Es wäre sehr schade, wenn man gewisse berufliche Wege, gewisse Neigungen irgendwann ausschließt. Deswegen ist es ganz wichtig, schon im Grundschulalter mit vielen Berufen in Kontakt zu kommen.

Herr Meyer hat eben angesprochen, wir müssten Berufsorientierung an den Schulen eher projektbasiert gestalten. Ich finde, das ist eine sehr gute Idee. Es gibt ein Projekt, das heißt „MACH WAS!“ und wird von der Firma Würth gesponsert. Wir haben das auch im Aktionsprogramm Handwerk verankert. Das ist ein bisschen untergegangen, aber vielleicht können wir das mit der Bildungsverwaltung noch einmal zum Leben erwecken, vielleicht wie einen kleinen Wettbewerb, dass ein paar Schulen Projekte machen, auf dem Schulhof Bänke bauen, praktische, handwerkliche Aktionen im Rahmen dieses Projektes „MACH WAS!“. Diese könnte man vielleicht prämiieren. Das wäre relativ niederschwellig, dafür muss man keinen Extratitel in den Haushalt einbringen. Es reicht, wenn man zum Abschluss eine Plakette an der Schule übergibt. Ich glaube, das könnte noch mal einen Extraimpuls für dieses Projekt

geben, und das wäre etwas, womit man viele Schüle für solche technischen Berufe begeistern kann. Das wäre eine Idee. Vielleicht können wir, Frau Henke, im Nachgang noch mal darüber sprechen.

Zum Thema Aufgabenverteilung: Ich habe das Thema ganz bewusst angesprochen, damit wir nicht diesen Knick haben. Wir sprechen über Berufsorientierung an der Schule, das haben wir jetzt viel gemacht, aber wir sehen, dass viele gerade nach dem Schulabschluss stranden und ein paar Jahre rumeiern. Wir sehen, dass der durchschnittliche Azubi im ersten Ausbildungsjahr 21 und nicht 16 Jahre alt ist. Das zeigt auch, dass viele nach der Schulbildung zunächst einmal ein bisschen abwarten und sich austesten. Wir brauchen dementsprechend eine Berufsorientierung, die durchgehend ist, die nicht nur in der Schule stattfindet, sondern die jungen Menschen auch weiter begleitet, sie in der Ausbildung stärkt oder auch einen Perspektivwechsel zulässt, sowohl an der Uni als auch in der Ausbildung.

Rahmenbedingungen für gute Praktika sind ein ganz wichtiges Thema, gerade wenn wir jetzt über handwerkliche Berufe sprechen. Wenn sich jemand für den Bau interessiert, kann er jetzt gleich am ersten Tag auf ein Gerüst steigen? – In die vierte Etage möglicherweise nicht. Er braucht erst Schutzkleidung und muss auch angewiesen werden. Wer ein Praktikum bei einem Dachdecker macht, kann auch nicht sofort auf das Dach steigen, obwohl das natürlich ein interessanter Klimaberuf ist. Das müsste man sich doch eigentlich mal anschauen können. Wir arbeiten gerade daran, wie wir in diesen Bereichen gute Rahmenbedingungen für Praktika schaffen können, und wollen im nächsten Jahr extra eine Stelle in der Kammer schaffen, die solche Praktika koordiniert und mit den Unternehmen entwickelt, damit man da weiterkommt. Es macht natürlich keinen Sinn, dass gerade in diesen interessanten Klimaberufen die Leute dann doch eher Kaffeekochen oder im Auto warten, bis die PV-Anlage auf dem Dach installiert ist. Nein, wir müssen auch dafür interessante Lösungen finden. Das ist eine sehr herausfordernde Aufgabe. Man kann sicher nicht ganze Kohorten von Schülern für ein Praktikum in diese Bereiche bringen, aber diejenigen, die wirklich ein ernsthaftes Interesse haben, sollten in diese Arbeitswelt sehr eng und gut eingebunden werden.

Das Thema Azubiwohnen möchte ich noch mal kurz ansprechen: Ja, wir freuen uns sehr, dass jetzt ein Azubiwerk gegründet wurde, aber wir sehen natürlich auch jetzt schon den extremen Bedarf. Ich bin mir sicher, wenn wir heute 2 000 Azubiwohnheimplätze schaffen würden, hätten wir wahrscheinlich auch 2 000 zusätzliche Ausbildungsplätze. Das Thema Wohnen für junge Menschen ist wirklich der große Engpass in dieser Stadt. Bis das Azubiwerk die Wohnheime gebaut hat, wird es noch ein bisschen dauern. Deswegen gehen wir auch andere Wege, zum Beispiel mit den Wohnungsbaugenossenschaften und dem Kolping-Verband. Wir werden Anfang kommenden Jahres eine Veranstaltung machen, bei der wir alle Player zusammenbringen und nach alternativen Lösungen suchen. Wir haben insbesondere für Azubis eine Unterversorgung bei Wohnheimplätzen. Es gibt natürlich auch eine Unterversorgung für Studierende; wir wollen gar nicht das eine gegen das andere ausspielen. Wir wollen aber, und das ist sowieso das ganz große Thema, eine Gleichwertigkeit zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung schaffen. Diese müssen wir natürlich auch im Wohnbereich schaffen. Sie gilt natürlich für alles, um eine gute Berufsorientierung hinzubekommen. – Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Herr Reinert, bitte sehr!

Thomas Reinert (Fritz-Karsen-Schule): Vielen Dank! – Ich versuche, es kurz zu machen. Zur ersten Frage der Ausstattung mit Werkstattmeisterinnen und -meistern habe ich jetzt keine konkreten Zahlen, würde aber behaupten, dass auch noch keine konkreten Zahlen vorliegen; wenn die Werkstätten überhaupt analysiert werden müssten. Das würde mich persönlich auch interessieren. Viele, mit denen ich gesprochen habe, sagten, dass es an vielen Schulen keine gibt. Das wird so aufgefangen, dass Lehrkräfte allein sind. Das wiederum führt dazu, dass viele Lehrkräfte sich davor scheuen, in die Werkstatt zu gehen.

Dahingehend noch ein ganz wichtiger Punkt: Allein an meiner Schule gibt es viele interessierte Lehrkräfte, die ein Drittfachstudium anfangen wollen, und das ist gerade nach meinem Kenntnisstand nicht möglich. Da lässt man viel Potenzial liegen. Noch mal: Das sind fertig ausgebildete Lehrkräfte, die bereit sind, ein Fach nachzustudieren. Das wird nicht genutzt. Das finde ich schade.

Zur digitalen Fertigung und wie sie angeschafft wird: Das kenne ich nur aus Anekdoten von anderen Lehrkräften, die das häufig über Fördervereine und dergleichen machen, was wiederum dazu führt, dass das zwar sehr schön für diese Schulen ist, das gönne ich denen auch, aber eine Art von Bildungsungerechtigkeit entsteht, weil sich das einige Schulen mit schönen Fördervereinen leisten können, andere aber nicht. Da wäre es im Sinne der Chancengerechtigkeit ganz sinnvoll, wenn es vielleicht auch von staatlicher Stelle Geld dafür gäbe.

Dann noch der Punkt, BO an Projekten zu orientieren und Werkstätten der Unternehmen zu nutzen: Absolut! Das halte ich für eine sehr kluge Idee. Dabei muss man natürlich immer schauen, inwiefern dafür Raum in der Schule vorhanden ist, wie weit entfernt sie sind und dergleichen. Dazu kann ich sagen: Vor meinem Quereinstieg war ich auch bei Partner Schule Wirtschaft und durfte dieses Netzwerk vor Ort mitinitiiieren und umsetzen. Ich hatte vorhin schon angesprochen, dass sich die Kalender von Unternehmen und Schulen häufig unterscheiden, aber das vor Ort zu nutzen, wäre super.

Eine andere Idee, und das ist ein ganz wichtiger Punkt: Wir reden immer viel von BO und WAT. Jetzt wurde schon mehrmals gesagt, das sei eine Querschnittsaufgabe. Dann muss man das auch zusammen mit anderen Fächern denken. Also warum nicht mal die Azubis in die Schule holen, einen Azubi einen Unterrichtseinstieg im Fach Chemie machen und dann erklären lassen, was das eigentlich damit zu tun hat? Die häufigste Frage von Schülerinnen und Schülern ist: Wozu lerne ich das jetzt? Was ist denn Sinn und Zweck? – Wenn da jetzt nicht ich stehe, sondern jemand, der jünger ist, das kompetent vermitteln und dazusagen kann, was er oder sie eigentlich macht, wäre das sehr sinnvoll.

Zu dem Punkt Unternehmenskalender und Schulkalender: Aufgrund des Personalmangels gibt es sehr häufig – oder zumindest in unserer Schule – viel Fluktuation. Das heißt, jetzt hat man gerade eine Lehrkraft gefunden, die sich einarbeitet und das im BO-Team übernimmt, und diese ist dann aus verschiedensten Gründen weg. Das können persönliche Gründe oder auch Überlastung sein, was auch immer. Diese Aufgabe wird meist noch on top übernommen. Dann wundert sich das Unternehmen vielleicht, warum sich gerade wieder keiner meldet. – Ja, weil es gerade einfach niemand macht und es einfach sehr angespannt ist.

Das Thema Praktikum lasse ich einfach mal weg. – Letzter Punkt: Es gibt immer noch die Initiative von einigen Lehrkräften und anderen, einen Beirat zu gründen, um genau über diese

Themen zu sprechen und die Perspektive von Schule einzubringen. Diesen Beirat gab es schon einmal, und vielleicht wäre es eine Idee, diesen Beirat wieder aufzunehmen. – Danke schön!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank! – Herr Pörksen, bitte sehr!

Jan Pörksen (IHK Berlin): Ich fange mal hinten beim Thema Partnerschaft an. Nicht, dass ich falsch verstanden werde: Ich habe die letzten zwei Jahre als unglaublich partnerschaftlich erlebt. Insbesondere mit der Bildungsverwaltung und den Agenturen und Jobcentern haben wir extrem viele Projekte und Veranstaltungen organisiert, natürlich auch mit den anderen Wirtschaftspartnern. Was wir da auf die Beine gestellt haben, war wirklich gut. Deswegen ist das Bündnis in meinen Augen da wirklich erfolgreich gewesen, zumindest an diesen drei Stellen. Ich habe nur gesagt, dass man das jetzt nicht aufs Spiel setzen sollte, weil da etwas entstanden ist. Es wäre einfach schade, wenn man das jetzt durch unnötige Schritte aufs Spiel setzt

Es dauert einfach. Vielleicht schlage ich hier gleich den Bogen zu BOOM. Hier haben wir anderthalb Jahre gebraucht, bis wir ein Pilotprojekt beendet hatten oder so weit waren, dass wir in der Evaluation waren. Man braucht mindestens zwei Jahre: ein Jahr mit der Nullmessung, das zweite Jahr, in dem man sich die Maßnahmen anschaut. Das heißt, das ist alles nichts, was man in einem Sprint erledigt. Wir sind jetzt dieses Jahr bei vier Schulen und nächstes Jahr hoffentlich dann bei zehn Schulen. Es macht auch gar keinen Sinn, auf 200 Schulen zu gehen, denn dann hätte man einen großen Verlust an Qualität und würde nicht das schaffen und könnte nicht von dem lernen, was man in den Schulen lernt.

Zum Thema der Steigerung der Ausbildungsbetriebsquote könnte ich jetzt den ganzen Abend mit Ihnen philosophieren. Das würde ich tatsächlich auch gern, weil ich das extrem spannend finde, gerade auch im Vergleich zu anderen Bundesländern. Ich habe IHK-Kollegen, die haben 20 000 IHK-Mitgliedsunternehmen, von denen 10 000 mehr als drei Beschäftigte haben. Sie kennen jeden Einzelnen persönlich. Das ist wirklich faszinierend. Wir haben 350 000 Mitgliedsunternehmen, von denen 100 000 überhaupt nur sozialversicherungspflichtige Beschäftigte haben, von denen wiederum 50 000 unter drei Beschäftigte haben. Das heißt, wir sprechen über ganz andere Zahlen, über eine ganz andere Wirtschaftsstruktur. Deswegen sind die Maßnahmen, die wir in Berlin brauchen, auch komplett andere als die, die wir in anderen Regionen Deutschlands brauchen. Deswegen werden wir hier, egal was wir hier jemals machen werden, immer eine andere Ausbildungsbetriebsquote als in anderen Bundesländern haben. Das hatten wir aber auch schon an anderer Stelle. Das ist nicht ganz vergleichbar.

Trotzdem gibt es sehr viele Maßnahmen. Wir hatten das vorhin auch schon gehört: Bei Jugendlichen das Interesse an Ausbildung zu steigern, ist eine ganz wichtige Maßnahme, um auch Unternehmen davon zu überzeugen auszubilden, denn oft ist erst der Jugendliche da, und dann entsteht das Ausbildungsunternehmen, weil dann die gesellschaftliche Verantwortung kommt. Dann sieht man: Da ist jemand, den ich ausbilden möchte. Was muss ich dafür machen? – Es ist einfach die Erfahrung aus der Praxis, gerade bei den kleinen Unternehmen, dass erst der Jugendliche da ist und dann das Unternehmen zu einem Ausbildungsbetrieb wird und nicht umgekehrt.

Zu der Zusammenarbeit von SenASGIVA und SenBJF möchte ich mich eigentlich nicht weiter äußern. Ich möchte nur eins sagen, und das habe ich vorhin auch schon gesagt: Wenn man partnerschaftlich zusammenarbeitet, kann man mehr erreichen, als wenn man nicht partnerschaftlich zusammenarbeitet.

Zum Thema Praktikum wurde alles gesagt. Es gibt tatsächlich extrem gute Informationsmaterialien zu dem Thema auf praktikum.berlin; mit Leitfäden und anderen Informationen, aber auch mit Fragen, die man den Praktikumsbetrieb fragen kann, um herauszubekommen, ob er sich kümmert oder nicht. Die allermeisten kümmern sich nämlich sehr gut um die Praktikanten und engagieren sich sehr stark. – Ich hoffe, ich habe alle Fragen beantwortet. Vielen Dank!

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Vielen Dank Ihnen! – Mit Blick auf die Zeit wäre ein Vorschlag, dass die Fragen, die an den Senat gerichtet worden sind, die auch mitgeschrieben wurden oder dann dem Wortprotokoll zu entnehmen sind, mitgenommen und schriftlich beantwortet werden. Wäre das in Ihrem Sinn? Wir sind jetzt schon 15 Minuten über der Zeit, die wir zusätzlich vereinbart haben. – Vonseiten der Senatsverwaltung wäre das möglich. Ich sehe gerade, dass von der Linksfraktion genickt wird. – Frau Brychey!

Franziska Brychey (LINKE): Ja, das können wir gern machen. Ansonsten werden wir ja das Wortprotokoll auswerten und können dann auch noch mal nachfragen. Das können wir gern machen.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Prima, wunderbar! – Auch von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen höre ich dazu keinen Widerspruch. Dann können wir so verfahren. Vielen Dank! – Dann bleibt mir zu sagen: Herzlichen Dank erst einmal an die Anzuhörenden, dass Sie heute da waren! Diese Sitzung ist noch nicht beendet, aber ich möchte den Anzuhörenden im Namen des Ausschusses ganz herzlich danken, dass Sie uns mit Ihrer Expertise zur Verfügung gestanden haben und natürlich auch, dass Sie die zeitliche Ausdehnung mitgetragen haben! Vielen herzlichen Dank an Sie und dann natürlich einen guten Heimweg!

In diesem Zusammenhang schlage ich vor, dass wir den Tagesordnungspunkt 6 a vertagen, bis das Wortprotokoll vorliegt und ausgewertet werden kann. Das haben wir gerade besprochen. – Dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Dann kommen wir jetzt zu Tagesordnungspunkt 6 b und der Abstimmung über den Antrag der CDU-Fraktion und der Fraktion der SPD zu der Drucksache 19/2727. Wer diesem Antrag der Koalitionsfraktionen zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Koalitionsfraktionen. Wer ist dagegen? – Das ist niemand. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Die AfD ist nicht mehr vertreten. Der Antrag wurde somit angenommen, und es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Die Besprechung zu Tagesordnungspunkt 6 c schließen wir hiermit ab. – Zu 6 d: Bevor wir zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu der Drucksache 19/2176 kommen, frage ich die antragstellende Fraktion, ob das in dem Antrag genannte Berichtsdatum 1. Juli 2025 aktualisiert werden soll, und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt? – Frau Schedlich!

Klara Schedlich (GRÜNE): Dann würden wir das bitte in den 1. März 2026 ändern.

Vorsitzende Sandra Khalatbari: Gut, dann ist das so notiert und ich komme – mit dem geänderten Berichtsdatum – zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die Linksfraktion. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Koalitionsfraktionen. Die AfD ist abwesend. Der Antrag wurde somit abgelehnt. Es ergeht eine entsprechende Beschlussempfehlung an das Plenum.

Zu den Punkten 6 e, 6 f und 6 g: Die Besprechung zu 6 e schließen wir mit der Kenntnisnahme der Vorlage ab. Die Besprechung zu den Punkten 6 f und 6 g schließen wir hiermit ab.

Punkt 7 (neu) der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD
Drucksache 19/2439
**Aufwertung der Schulhausmeisterstellen in allen
Bezirken**

[0342](#)
BildJugFam
Haupt

Vertagt.

Punkt 8 (neu) der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.